

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Umwelt und Grün
Frau Dr. Sabine Müller

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters
Rathaus

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 04.07.2013

AN/0922/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün	19.09.2013

Keine Grabsteine aus Kinderarbeit

Sehr geehrte Frau Dr. Müller,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie folgenden Antrag in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 19.09.2013 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün begrüßt die von der Landesregierung vorgelegte Novellierung des Bestattungsgesetzes, die u.a. die Möglichkeit zum Erlass eines Aufstellungsverbots von Grabsteinen aus Kinderarbeit vorsieht und beauftragt die Verwaltung in der städtischen Friedhofssatzung einen entsprechenden Zusatz aufzunehmen.

Begründung:

Die Stadt Köln trägt eine Verantwortung für die Menschen in einer sich globalisierenden Welt. Dieser Verantwortung kommt die Stadt Köln auf kommunaler Ebene bereits bei der Vergabe von Aufträgen nach. Hier werden unter Beachtung des Tariftreue- und Vergabebege-
setz Aufträge nur noch an solche Unternehmen vergeben, die sich verpflichten, Waren zu verwenden, die unter Beachtung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation ILO hergestellt wurden. Zu diesen Normen gehört auch der Ausschluss von Kinderarbeit und Zwangsarbeit.

Nach Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation verrichten rund 115 Millionen Kinder in aller Welt Arbeiten, die schädlich für ihre Sicherheit, Gesundheit oder Entwicklung sind. Verlässliche Angaben darüber, wie viele Kinder unter Verstoß gegen internationale Konventionen an der Herstellung importierter Grabsteine beteiligt sind, existieren nicht. Nach einer

Schätzung des Instituts für Ökonomie und Ökumene arbeiten allein in der indischen Steinindustrie mindestens 150.000 Kinder. Etwa zwei Drittel der auf deutschen Friedhöfen aufgestellten Grabsteine stammen aus Indien.

Um einen weiteren Beitrag zur Ächtung und Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des Friedhofswesens leisten zu können, wollen wir in der städtischen Friedhofssatzung ein entsprechendes Verwendungsverbot festlegen. Damit stellen wir sicher, dass zukünftig nur Grabsteine aufgestellt werden dürfen, die nicht durch ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konventionen 182 produziert wurden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer